

---

# Newsletter

## Berichte – Informationen – Debatte

---

**März 2017**

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

in den letzten Wochen nahm die Debatte und Entscheidungsfindung um das NS-Lern- und Dokumentationszentrum Fahrt auf. Auch wenn dabei manche Einlassungen gewiss nicht in unserem Sinne waren, so sind inhaltliche Wortmeldungen begrüßenswert, die sich des Themenkomplexes annehmen. Wir haben alle Äußerungen, die uns irgendwie erreichten, auf unserer website dokumentiert. Auf der Mitgliederversammlung des Vereins Netzwerk haben wir in einer EntschlieÙung unseren Standpunkt bekräftigt. Sie ist in diesem Newsletter abgedruckt. Dieser Beschluss der MV ist Teil der zahlreichen Interventionsbemühungen des Vereins, die Entscheidung über den Ort „alte VHS“, der jüngst auf die Agenda gesetzt wurde, zu debattieren.

Neben diesem Schwerpunkt der letzten Zeit gab es natürlich viele spannende und interessante Themen, die sich in Veranstaltungen und Tagungen niederschlugen. Über einige wird hier berichtet. Dieser Newsletter erscheint ein wenig verspätet, weil die wichtigsten Ergebnisse der MV des Vereins am 29.3.17 mitgeteilt werden sollen.

- **„Befreit, aber nicht in Freiheit – Wege zurück ins Leben“ – ein Seminar in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg (HÖB) – Horst Dralle**
- **20. Antifaschistische Sozialkonferenz – Rechtspopulistische Realität als Herausforderung im Alltag**
- **Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nach 1945**
- **Kinoabend: „Mit Erinnerungskultur ins neue Jahr...“ und Filmreihe Erinnerungsbilder**

- **Ein Ausblick auf die internationale Jugendbegegnung „Meet up in Hannover. Erinnerung in Bewegung“ vom 2. bis 7. Mai**
- **Als „Gemeingefährlicher“ im KZ: Der Fall Hans Grans, Mitangeklagter im Haarmann-Prozess; zu einem Vortrag von Dagmar Lieske**
- **Kurzbericht von der MV des Vereins Netzwerk am 29. 3.2017**
- **Entschließung der MV zum NS-Dokumentation und Lernzentrum in Hannover**

Der Newsletter wird nun bald ein Jahr alt sein. Aus einem Versuchsballon ist ein kleines bescheidenes aber feines Kommunikationsmedium des Vereins Netzwerk und darüber hinaus geworden. Mein Dank geht an die Autorinnen und Autoren für die rege Mitarbeit. Verbesserungs- und Reformvorschläge sind immer willkommen.

*Peter Schyga (Netzwerkreferent)*

---

## **„Befreit, aber nicht in Freiheit – Wege zurück ins Leben“ – ein Seminar der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen**

Vom 10. bis 12. Februar fand in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg (HÖB) ein Seminar in Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft statt. Das Wochenende hatte den Titel „*Befreit, aber nicht in Freiheit – Wege zurück ins Leben*“ und im Mittelpunkt stand die Beschäftigung mit Lebenswegen und Schicksalen von Befreiten als Displaced Persons in der unmittelbaren Nachkriegszeit. 9 von 42 TeilnehmerInnen waren aus dem Raum Hannover und dem Umfeld unseres Netzwerkes angereist.

*Kurt Buck*, Leiter des DIZ Emslandlager in der Gedenkstätte Esterwegen

(<http://www.gedenkstaette-esterwegen.de>) beleuchtete die Situation befreiter

Zwangsarbeiter/innen und Kriegsgefangener im Emsland. Die Stadt Haren bildete dort von 1945 bis 1948 unter dem Namen Maczków vorübergehend das politische und kulturelle Zentrum eines polnischen Besatzungsgebietes im Emsland. Die eingesessene Bevölkerung von Haren musste die Stadt verlassen und fand Unterkunft vor allem in den Nachbarorten.

([https://de.wikipedia.org/wiki/Polnische\\_Besatzungszone](https://de.wikipedia.org/wiki/Polnische_Besatzungszone))

*Arne Droidner* von der KZ-Gedenkstätte Moringen ([http://gedenkstaette-](http://gedenkstaette-moringen.de/website/willkommen.html)

[moringen.de/website/willkommen.html](http://gedenkstaette-moringen.de/website/willkommen.html)) berichtete über das DP-Lager, das von 1945 bis

1951 im ehemaligen Jugend-KZ eingerichtet war. Gerade im Hinblick auf das ehemalige DP-Camp besteht ein Forschungs-Desiderat, dem wegen der gegenwärtig nicht möglichen Finanzierung nicht nachgekommen werden kann.

*Elke Zacharias*, Leiterin der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte in Salzgitter (<http://www.gedenkstaette-salzgitter.de>) stellte unter dem Titel „Ich habe mich immer gefragt, warum ich in Deutschland zur Welt kam“ Einzelschicksale von DP-Kindern vor, die kurz nach dem Kriege in Salzgitter geboren worden waren. Bei Nachfragen von ehemaligen DP-Kindern oder deren Angehörigen ist Aufklärung leider nur in Einzelfällen und am Rande der Hauptaufgaben der Einrichtung möglich.

Der Samstagnachmittag führte in die Gedenkstätte Esterwegen, wo *Jacek Barski* von Porta Polonica (<http://www.porta-polonica.de>) unter dem Titel „Zwischen Sehnsucht nach Leben und Hunger nach dem Wort“ über die Bedeutung und Funktion der Kultur für die polnischen Displaced Persons in Deutschland – insbesondere in Haren -berichtete.

Am Sonntagvormittag wurde das Wochenende schließlich durch *Christa Bröchert*, geb. Lückhardt und *Klara Tuchscherer*, geb. Schabrod abgerundet, die als Töchter von Verfolgten des Naziregimes an ihre Väter und Mütter erinnerten.

([http://www.nrw.vvnbd.de/texte/1494\\_buch\\_kdw.htm](http://www.nrw.vvnbd.de/texte/1494_buch_kdw.htm))

Im kommenden Jahr ist wieder – nun schon zum neunten Mal – von der HÖB ein Wochenende (16. bis 18. Februar 2018) für ein Seminar in Kooperation mit der Interessengemeinschaft reserviert. Das Thema steht noch nicht fest, aber es lohnt sich bestimmt, dieses Wochenende im Terminkalender schon einmal vorzumerken.

*Horst Dralle*

---

## **20. Antifaschistische Sozialkonferenz – Rechtspopulistische Realität als**

### **Herausforderung im Alltag**

Der Beginn und die Einleitung des Endes der Nazibarbarei — markiert durch die Machtübertragung 1933 an die deutschen Faschisten und die Befreiung von Auschwitz 1945 durch die Rote Armee – als Gedenktage zwingen zur Auseinandersetzung mit dem, was sich in unserer Gesellschaft an Rassismus, Faschismus, Neofaschismus und Rechtspopulismus erhalten hat und neu entwickelt! Aus dieser Einsicht heraus hat ein wachsender und im Kern

stabiler Kreis von gewerkschaftlichen und anderen antifaschistischen Organisationen wieder erfolgreich diese Konferenz in Hannover ausgerichtet. Als Forum, das Analysen mit Diskussionen über das praktische politische Vorgehen verbindet, hat sie sich über die Jahre eine überregionale Ausstrahlung erworben.

Der Aufstieg rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien und Bewegungen in Europa und in ihrem Gefolge die raschen Wahlerfolge der AfD in Deutschland waren das bestimmende Thema dieser Konferenz. Analytisch ging es dabei um die Struktur und Programmatik dieser Partei und der sie tragenden politischen Strömungen, besonders um ihre Verbindungen zur offen neofaschistischen Szene. Praktisch, im Einzelnen dann in drei Arbeitsgruppen, wurde erörtert, wie ihnen im parlamentarischen, alltäglichen und betrieblichen Umfeld entgegengetreten werden kann.

Eingeleitet wurde die Konferenz am Freitag, den 3. Februar durch ein Referat von *Ralf Beduhn* (Kommission Courage gegen Rechts). Er stellte den „marktförmigen Extremismus der AfD“ unter der Überschrift „Reichenförderung statt Armutsbekämpfung“ detailliert in mehreren Punkten dar. Den wachsenden Zuspruch unter Wählerschichten, zu deren Lasten solche Programme gehen würden, erklärte er allerdings mit den sozialen Folgen der Agenda 2010 und dem Wunsch, dagegen zu opponieren. Er warnte davor, dass Versprechen auf „mehr soziale Gerechtigkeit“, wie sie derzeit die Sozialdemokratie gibt, verhängnisvolle Folgen hätten, wenn sie dann nicht eingelöst werden würden.



© rwk: Gewerkschafter im Gespräch

**Der 2. Tag** wurde eingeleitet mit einem Referat des Journalisten *Julian Feldman* zu „Stand und Position der AfD und anderer rechter Parteien in Niedersachsen. Vernetzung zur Naziszene.“ Er benannte Niedersachsen als ein „Stammland der NPD“, die es aber zuletzt insgesamt nur auf 17 Kommunalmandate gebracht hat. In der AfD machte er zwei

Hauptströmungen, den konservativen und den völkisch-nationalen aus. In der Diskussion wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die marktradikale und die christlich-fundamentalistische Strömung noch zu unterscheiden seien.

Die sächsische Landtagsabgeordnete *Kerstin Köditz* fragte in ihrem Referat „Aus Wahlen etwas gelernt?“ nach dem Umgang der politischen Parteien und Medien mit der AfD und anderen rechten Parteien im Vorfeld der kommenden Bundestagswahl. Sie schilderte, wie die AfD-Fraktion nach dem Ausscheiden der NPD zunächst mit gemäßigtem Auftreten versuchte, parlamentarische Akzeptanz zu verschaffen, um nach und nach zu radikalieren, gleichzeitig aber alle Ausgrenzungsversuche lautstark beklagte. Schwierig sei es, ihre Anträge konsequent abzulehnen, da Fraktion geschickt versuche, diese mit sinnvollen Forderungen zu verquicken. Mit wenigen Themen verschaffe sich die AfD maximale öffentliche Aufmerksamkeit und suche stete Präsenz zu allen gesellschaftlichen Anlässen. Drei Fragen beschäftigten Arbeitsgruppen am Nachmittag:

- Der Umgang mit der AfD in den Parlamenten sei aktuell ein großes Problem angesichts der vielen neuen Mandate dieser Partei nach den letzten Wahlen. *Henriette Quade*, MdL aus Sachsen-Anhalt, referierte über ihre Erfahrungen: Eng mit dem Rechten Rand verwoben verfolge die Fraktion einen aggressiven Stil. Hauptthemen seien Islam, „Linksextremismus“, Flüchtlingskosten, innere Sicherheit etc. Sie versuche ein Katastrophenklima zu beschwören. In der Praxis sei es schwierig, eine gemeinsame Front gegen diese Partei mit den übrigen Fraktionen herzustellen.
- *Samuel Singer* (Netzwerk Demokratie und Courage e.V.) ging mit dieser Arbeitsgruppe der Frage nach, wie im Alltag rassistischer Hetze begegnet werden kann. In Rollenspielen mit wechselnden Positionen wurden die Teilnehmenden dabei mit verschiedenen Schlagwörtern konfrontiert.
- *Ingo Arlt* (IG Metall Hannover) stellte mit zwei Betriebsräten und zwei weiteren Kollegen die Probleme am Arbeitsplatz dar. Deutlich wurde dabei wie konkret der Druck von Rationalisierung, Prekarisierung und Leiharbeit zerstörend auf die kollegiale Solidarität wirkt. Daraus erklärt sich wohl auch, dass der Anteil der AfD-Wähler unter den organisierten Kollegen nicht geringer ist als der unter den Nichtorganisierten.

Insgesamt nahmen an der Konferenz rund 100 Menschen teil.

*Reinhold Weismann-Kieser*

## **Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nach 1945**

Im Rahmen der **Aktionswochen des Stadtteilzentrums Lister Turm** zum Erinnern an die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des SPD-nahen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar 1933 hielt *Corinna Heins*, Stadtführerin und Leiterin des Archivs im Stadtteilzentrum, einen Vortrag zum *Reichsbanner nach 1945*.

### **Der Hintergrund des Erinnerns:**

Im Mai 1924 entstand eine hannoversche Ortsgruppe mit 1932 etwa 4.000 Mitgliedern. Das Reichsbanner war zwar ein Wehrverband, seine Mitglieder jedoch waren im Regelfall unbewaffnet. Erst in Reaktion auf die zunehmend eskalierende Gewalt von rechts wurde 1930 eine spezielle wehrsportlich trainierte Untergliederung, die so genannte Schutzformation (Schufo), gegründet, deren Aufgabe überwiegend im Saal- und Veranstaltungsschutz lag. Die hannoversche Schufo hatte etwa zweihundert Mitglieder. Es waren Mitglieder der Schufo, die in der Nacht vom 21. zum 22. Februar 1933 Opfer des Feuerüberfalls am Lister Turm wurden. Herbeigerufen, um eine von der SA bedrohte SPD-Veranstaltung zu schützen, wurden aus dem Hinterhalt über hundertfünfzig Schüsse auf die Männer abgegeben. Zwei Reichsbannerangehörige, Wilhelm Heese und Willi Großkopf, wurden tödlich verwundet, siebzehn weitere teils schwer verletzt. Die anwesende Polizei ließ die verantwortlichen SA-Männer unbehelligt laufen. Sie wurden weder juristisch verfolgt noch bestraft, da sie ebenso wie SS und der Stahlhelm exakt an diesem Tag auf Anweisung des preußischen Innenministers Hermann Göring den Status von Hilfspolizisten erhalten hatten. 1933 verboten und verfolgt wurde das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 28.10.1953 wieder gegründet.

### **Das Reichsbanner nach 1945**

Das Reichsbanner als SPD-naher republikanischer Wehrverband in der Weimarer Republik ist vielen ein Begriff. Doch dass diese Vereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg fortbestand bzw. 1953 wiederbelebt wurde und immer noch existiert, mag nur wenigen bekannt sein. Zweites liegt auch daran, dass dieser Verband in der Bundesrepublik ein Nischendasein fristete. Die Wissenslücke füllte die Referentin in Form einer Privatissime-Sitzung – es waren nur sehr wenige Interessierte erschienen – mit ihren Kenntnissen. (Für die Berichterstattung hat mir C. Heins freundlicherweise ihr Manuskript zur Verfügung gestellt; unter diesem Hinweis verzichte ich im Folgenden auf gesonderte Verweise und stelle ihr geistiges

Eigentum dar.) Auf der Grundlage der im Stadtteilzentrum archivierten Dokumente des Reichsbanners und seines Ortsvereins Hannover sowie vieler anderer Quellen konnte die Referentin ein Bild der Arbeit dieses Verbandes zeichnen.

Das Reichsbanner der Bundesrepublik sollte laut August Kerger (des späteren Chefredakteurs der vereinseigenen Zeitschrift „Das Reichsbanner“) Grundsatzrede zur Hamburger Bundeskonferenz 1967 eine „überparteiliche und unabhängige Vereinigung von deutschen Staatsbürgern [sein], die sich zum Grundgesetz und zur Charta der Menschenrechte bekennen“. In Abgrenzung zu „rechtskonservativen“ und „ultralinken“ Extremisten trat Kerger für einen „guten Radikalismus“ ein, der den Feinden von Demokratie und Republik „an die Wurzel [geht]“. Im Leitartikel der ersten Nachkriegsausgabe des „Reichsbanners“ vom Januar 1967 nannte Alfred Miles als Ziele des Bundes neben dem aktiven Eintreten für die Demokratie und der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen von rechts und links auch die deutsche Wiedervereinigung, Frieden und Völkerverständigung.

Der Ortsverein Hannover wurde als einer der ersten 1954 wiedergegründet. Laut Dietrich Westermann war er entscheidend am Wiederaufbau des Reichsbanners beteiligt. In den sechziger und siebziger Jahren trafen seine Mitglieder sich monatlich in der Gaststätte Sprengel, Ecke Kniestraße/Schneiderberg. Vorsitzender war Ende der sechziger Jahre Bernhard Kösling, dann Peter Schneider (SPD). Eine zentrale Bedeutung kam dem jährlichen Gedenken an die Opfer des SA-Feuerüberfalls vom 21./22.2.1933 am Lister Turm zu, das erstmals 1947 abgehalten wurde.

Ähnlich wie andere Ortsvereine hatte auch der hiesige mit Überalterung und Nachwuchsmangel zu kämpfen. Ende 1977 führt die Mitgliederliste nur noch sechzehn Personen auf. Die Geburtsjahre bewegten sich mit einer Ausnahme zwischen 1892 und 1915. Zwölf der Männer waren siebzig Jahre alt oder älter. In den Jahren 1979/80 traten sechs der verbliebenen Mitglieder aus. Der Ortsverein wurde vermutlich 1980 aufgelöst.

Der Bund hatte ganz offensichtlich ebensolche Personalprobleme. Man versuchte dem Veteranentum mit praxisbezogenen Freizeitaktivitäten (Kleinkaliberschießen, Wassersport, Sportabzeichen, Motorrad- und PKW-Schrauben, Nachrichtentechnik, Tonband- und Schmalfilmdokumentation, Modellbaugruppen) zu begegnen. Auch politische Bildung und öffentliche Werbeaktionen gehörten zum Programm einer versuchten Modernisierung des Reichsbanners. Politisch wurde unter der Maxime, „radikal-demokratisch“ auftreten zu

wollen, die Studentenbewegung anfangs begrüßt. Man wolle Tendenzen entgegentreten, dass sich die Bundesrepublik immer mehr zu einer Scheindemokratie wandelte. Man sei erfreut vom „wachsende[n] radikaldemokratische[n] Bewusstsein der junge[n] Generation“, die „von ernster Sorge über die schon recht weit fortgeschrittene Entartung unserer Demokratie zu einer gut funktionierenden Verwaltungsmaschine erfüllt“ sei. Diese Haltung änderte sich mit der politischen Radikalisierung der Jugend- und Studentenbewegung rasch. Die Gefahr des sich neu formierenden Rechtsextremismus wurde erkannt, doch, wie die Referentin betonte, weniger an der NPD als an rechtsnationalistischen Kreisen und autoritären Politikvorstellungen in demokratischen Parteien festgemacht.

„Es ist der Trick des heutigen Neofaschismus, einige Naziparteien und Nazizeitungen sich zu halten und zu züchten, an denen sich die Antinazis festbeißen sollen. Derweil arbeiten die alten beamteten Nazis in den Ämtern mit den Militaristen, den kapitalistischen Nazifinanzierern und den Neofaschisten zusammen, ohne gestört zu werden,“ heißt es in einem Artikel des „Reichsbanner“ vom Januar 1973. 1968 hatte das „Reichsbanner“ einen Artikel der Kieler Morgenzeitung von Joachim Steffen, dem als Linksaußen in der Partei geltenden Schleswig-holsteinischem SPD-Vorsitzenden abgedruckt, in dem es heißt: „Jede Dokumentation über den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik belehrt uns darüber, dass die Trennungslinie zu den Demokraten innerhalb der bürgerlichen Parteien verläuft. [...] Dann ist man aber nicht gegen den 'Rechtsradikalismus'. Dann ist man nur gegen ihn, weil er seine Musik im falschen Saal [der NPD, d. V.] macht.“ Und: „Von der Weimarer Republik sagt man, sie sei eine Demokratie ohne Demokraten gewesen. Hoffentlich wird es von dieser Republik nicht einmal heißen, sie sei ohne Rechtsradikale gewesen, weil diese als Demokraten firmiert wurden.“

Man verstand sich in diesen unruhigen Zeiten der Republik als so etwas wie Jusos Ü-60. Die Zeiten eines radikaldemokratischen Republikanismus änderten sich bald. Je mehr der Verband schrumpft, je geringer sein Einfluss in Gremien der Parteien wurde, desto stiller wurden seine wenigen Stimmen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Die Referentin resümierte:

„Es scheint so, als sei die Organisation in den achtziger und neunziger Jahren in eine Art Ruhezustand verfallen, aus dem sie erst Anfang des neuen Jahrtausends wieder auftauchte. Um zu genaueren Aussagen über diesen Zeitraum zu kommen, fehlen aber die Quellen. Trotz aller Probleme gelang es dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, bis in die Gegenwart zu



überdauern. ... Aktueller Bundesvorsitzender ist der SPD-Politiker Johannes Kahrs (Hamburg), einer der Leiter des ‚Seeheimer Kreises‘. Die Organisation versteht sich nach wie vor als überparteilich, obwohl sämtliche Vorstandsposten durch SPD-Politiker besetzt sind. In 2012 und 2013 erlebte das Reichsbanner einen deutlichen Aufschwung und wird seitdem auch in der Öffentlichkeit wieder stärker wahrgenommen. Der Bundesverband und die Landesverbände Hessen und Berlin- Brandenburg präsentieren sich mit jeweils eigenen Homepages. Seit 2012 ist die Organisation auch auf Facebook zu finden.“

In einer militaristisch durchwobenen Gesellschaft wie der von Weimar hatte das Reichsbanner gewiss seine Funktion und auch Berechtigung. In einem sich zivilisierenden Gemeinwesen stand ihm diese Tradition im Weg. In einem neuen Gewand wurde er schlicht überflüssig. Der Versuch, sich massiv an die Bundeswehr anzudocken, als eine Art ziviler Reservistenverband erneut zu reüssieren, wird seine Sektenexistenz nicht ändern. Nichts desto trotz bleibt die Pflege und wissenschaftliche Auswertung des Nachlasses im Stadtteilzentrum Lister Turm eine verdienstvolle Angelegenheit, die höhere öffentliche Aufmerksamkeit verdient hat.

*PS*

---

### **Kinoabend: „Mit der Erinnerungskultur in das neue Jahr...“**

Mit einem Kinoabend und dem Spielfilm „Mutters Courage“ von Michael Verhoeven läutete die Städtische Erinnerungskultur am 2. Februar 2017 das Jahr 2017 ein. In seiner Begrüßung hob Dr. Karljosef Kreter, Leiter der Städtischen Erinnerungskultur, aus der Vielzahl an Veranstaltungen zur Erinnerungskultur im Jahr 2016 rückblickend das Gedenken zum 75. Jahrestag der Deportation von 1.001 jüdischen Hannoveranern in das Ghetto Riga hervor. Für alle war es ein befreiender Moment, als sie bei rund um die Gedenkveranstaltung im Dezember die Überlebende Henny Rosenbaum (jetzt: Henny Simon) erleben durften, die nach dem Todesmarsch von Riga über Stutthof in Polen von der Sowjetarmee befreit wurde. Ihre bewegenden Worte des Dankes an Oberbürgermeister Stefan Schostok in einem Brief vom Januar 2017, die Dr. Kreter zitierte, lauten:

„Ich bin so dankbar, dass es mir noch einmal möglich war, nach Hannover zu kommen und den Gedächtnisfeiern beiwohnen zu können. Gleichzeitig nahm ich auch

Abschied von meiner Geburtsstadt. Diese Reise werde ich bis an mein Lebensende nie vergessen. Wie ich schon vor einigen Jahren im Alten Rathaus sagte: „Wir haben eine Brücke der Freundschaft gebaut und heute ist sie fertig gestellt. Wir alle reichen ihnen in Freundschaft die Hand, in der Hoffnung, dass diese Brücke nie wieder zerbricht.“

In einem Grußwort wies Dr. Horst Meyer als Vorsitzender des Netzwerks Erinnerung und Zukunft e.V. auf die anstehenden Entwicklungen und Herausforderungen für die Erinnerungskultur in Hannover hin. Er zeigte sich beispielsweise hocherfreut, dass nach über 30 Jahren die Stadt Hannover der Realisierung eines NS-Dokumentationszentrums/Lernort näher kommt. Gezeigt wurde im Anschluss der nach einer autobiografischen Erzählung von George Tabori entstandene Spielfilm „Mutter Courage“ von Regisseur Michael Verhoeven aus dem Jahr 1995. Im Anschluss an die Filmvorführung warteten auf die BesucherInnen Getränke und ein kleiner Snack. In zahlreichen Gesprächskreisen wurden die Filmeindrücke und anstehenden Entwicklungen der Erinnerungskultur debattiert.



© LHH – Städtische Erinnerungskultur; Filmvorführung im Kino im Künstlerhaus.

*LHH-Städtische Erinnerungskultur*

---

## **Filmreihe „Erinnerungsbilder“**

Vom 7. September 2016 bis 22. Februar 2017 zeigte das *Kommunale Kino Hannover* in Kooperation mit der *Städtischen Erinnerungskultur* in der Filmreihe „Erinnerungsbilder“ ausgewählte Dokumentar- und Spielfilme zu Themen der nationalsozialistischen Diktatur und deren Aufarbeitung. Sie setzten damit die Filmreihe aus dem Jahr 2015 fort.

Zu deren Abschluss der Filmreihe wurde am 22. Februar 2017 der Dokumentarfilm „Das radikal Böse“ aus dem Jahr 2013 gezeigt. Hierin erzählt der Oscar Gewinner Stefan Ruzowitzky von den systematischen Erschießungen jüdischer Zivilisten durch deutsche Einsatzgruppen in Osteuropa und der Suche nach den Ursachen des Bösen. Wir hören die Gedanken der Täter aus Briefen, Tagebüchern und Gerichtsprotokollen, sehen in junge Gesichter. Ergänzt mit historischen Aufnahmen, den Aussagen renommierter Forscher, wie Père Desbois, Christopher Browning oder Robert Jay Lifton, und den überraschenden Ergebnissen psychologischer Experimente führt der Film hin zu „dem radikal Bösen“, einer Blaupause des Genozid.

Die Filmreihe „Erinnerungsbilder“ wird 2017 weitergeführt. Termine und Ankündigungen finden Sie unter: [www.erinnerungskultur-hannover.de](http://www.erinnerungskultur-hannover.de)

*LHH-Städtische Erinnerungskultur*

---

## **Ausblick**

### **Internationale Jugendbegegnung „Meet up in Hannover. Erinnerung in Bewegung“**

Vom 2. – 9. Mai 2017 werden 30 Schülerinnen und Schüler aus Athen, Poznan, Perm und Hannover eine Woche zusammen in Hannover verbringen und gemeinsam die Gedenkveranstaltung zum „Tag der Befreiung“ gestalten.



© LHH – Städtische Erinnerungskultur

Ziel der Internationalen Jugendbegegnung „Meet up in Hannover. Erinnerung in Bewegung“ ist es, eine nachhaltige Form der Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern mit dem Thema Nationalsozialismus zu erreichen. Durch einen lebendigen Austausch der

Jugendlichen aus verschiedenen Ländern stehen die unterschiedlichen Formen der Erinnerung, aber auch Perspektiven einer gemeinsamen europäischen Erinnerung im Fokus.

Die Jugendlichen werden eine Woche gemeinsam in Hannover verbringen, die Stadt kennenlernen, das Thema Nationalsozialismus aktiv bearbeiten und auf dieser Grundlage gemeinsam die Gedenkveranstaltung zum „Tag der Befreiung“ am 8. Mai 2017 am Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer gestalten. Ihre Präsentation werden sie während der Jugendbegegnung in kreativen Workshops auf Grundlage ihrer eigenen Vorstellungen und Wünsche konzipieren.

Bereits zum vierten Mal kann die zweijährig stattfindende Internationale Jugendbegegnung zur Erinnerungskultur in Hannover realisiert werden. Die Jugendbegegnungen, an denen bereits russische, polnische, französische, lettische, griechische und hannoversche Schülerinnen und Schüler teilnahmen, haben gezeigt, dass europäische Begegnungen zu historischen Themen als wirksame Form der hannoverschen Erinnerungskultur tragfähig sind.



© LHH – Städtische Erinnerungskultur

*LHH-städtische Erinnerungskultur*

---

## **Als „Gemeingefährlicher“ im KZ: Der Fall Hans Grans, Mitangeklagter im Haarmann-Prozess**

Vortrag von Dr. Dagmar Lieske, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Sachsenhausen am Dienstag, 21. Februar 2017, Historisches Museum Hannover; Veranstaltung in Kooperation mit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten

„Warte, warte nur ein Weilchen...“: Der Fall Haarmann ist in Hannover immer noch ein Magnet – jedenfalls war der Vortragssaal des Historischen Museums fast bis auf den letzten Platz gefüllt, als Dr. Dagmar Lieske zu Hans Grans (1901-1975) als dem Mitangeklagten im Haarmann-Prozess referierte. Gestoßen war sie auf ihn während ihrer Forschungen zur Häftlingsgruppe „Berufsverbrecher“ im Konzentrationslager Sachsenhausen. Denn unmittelbar im Anschluss an seine 1926 ausgesprochene zwölfjährige Haftstrafe wegen „Beihilfe zum Mord in zwei Fällen“ wurde er von der Hannoveraner Kriminalpolizei (nicht der Gestapo) in sogenannte polizeiliche Vorbeugehaft genommen. Die Ersteinweisung erfolgte im März 1937 in das KZ Sachsenhausen, worauf sich eine lange Leidensgeschichte mit Stationen in den KZ Flossenbürg, Dachau, Mittelbau-Dora und schließlich Bergen-Belsen anschloss. Dort wurde Grans am 15. April 1945 befreit. Allerdings befand er sich wenig später wieder hinter Gittern: Die Briten überstellten ihn zusammen mit 40 ehemaligen KZ-Häftlingen der Kategorien „Asoziale“, „Sicherungsverwahrte“, „Berufsverbrecher“ und Homosexuelle – ohne jede gesetzliche Grundlage und offensichtlich auf Vorschlag der deutschen Justiz – im Mai 1945 von Bergen-Belsen in das Zuchthaus Celle. Als er im Januar 1946 in Freiheit kam, hatte er rund die Hälfte seines Lebens in Haft verbracht.

Dagmar Lieske diskutierte am Beispiel Hans Grans die radikalen juristischen Verschärfungen, mit denen sich der NS-Staat von Beginn an von der vorgeblich windelweichen Justiz der „Systemzeit“ absetzen wollte. Schon im ersten Jahr seiner Herrschaft schuf der Nationalsozialismus die Instrumente der polizeilichen Vorbeugehaft gegen sog. „Berufsverbrecher“ und der Sicherungsverwahrung von sog. „Gewohnheitsverbrechern“. Dabei unterlag die Verhängung von Vorbeugehaft der Einschränkung, dass die Betroffenen mindestens drei Verurteilungen von mindestens sechs Monaten Haft aufweisen mussten, zwischen denen jeweils nicht mehr als 5 Jahre liegen durften. Dies traf auf Hans Grans nicht zu. Allerdings sah der Erlass vom November 1933 zur Vorbeugehaft in Preußen Ausnahmen vor: Wenn ein starker „verbrecherischer Wille“ unterstellt werden könne, sollten diese Personen präventiv als „Gemeingefährliche“ der Vorbeugehaft unterliegen.

Hans Grans fiel bei seiner Ersteinweisung in das Konzentrationslager offensichtlich unter diese Ausnahme – leider ist die entsprechende Akte der Hannoveraner Kriminalpolizei nicht überliefert. Registriert wurde er in Sachsenhausen allerdings in die Häftlingsgruppe

Homosexuelle, obwohl er in dieser Hinsicht nicht verurteilt war. Diese Tatsache war sogar dem Experten Rainer Hoffschildt lange entgangen – er leitet mit dem Verein zur Erforschung der Geschichte der Homosexuellen in Niedersachsen e.V. (VEHN) das weltweit größte private Archiv zur (Verfolgungs)Geschichte der Homosexuellen. Vermutlich spielte bei der Einweisung Grans´ als „Rosa-Winkel“-Häftling das Verhältnis zu Fritz Haarmann die ausschlaggebende Rolle.

Die weiteren Ausführungen des Vortrags zur NS-Justiz sollen hier nicht ausgeführt werden – sie können in dem lesenswerten Aufsatz und in der Dissertation Dagmar Lieskes (s.u.) leicht nachgelesen werden.

Nur so viel zum „zweiten Leben“ des Hans Grans, soweit es bekannt ist und von Dagmar Lieske dargestellt wurde: Er heiratete 1946 in Hannover und lebte mit seiner Frau als Schmuckwarenhändler in Wathlingen bei Celle. Im Jahre 1955 zog er mit ihr nach Hannover und arbeitete als Maurer. Hier verstarb Hans Grans 1975 im Alter von 73 Jahren. Eine Entschädigung für seine Konzentrationslagerhaft hat er nie erhalten. Seine Anträge wurden im Oktober 1958 von der Entschädigungskammer im Landgericht Hannover abschließend mit einer so denkwürdigen wie zeittypischen Begründung abgewiesen: Als „Krimineller“ sei er nicht „aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung“ verfolgt worden, wie es das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) als Voraussetzung verlange. Zudem könne er schlechterdings kein Gegner der Nationalsozialisten gewesen sein, da er ja seit 1924 in Haft gesessen habe und sich mangels Anschauung kein eigenes politisches Urteil des Zeitgeschehens habe bilden können. Einigermmaßen zynisch erscheinen in diesem Zusammenhang die Formulierungen eines Artikels in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung kurz vor dem Tode Grans´: „Am heftigsten nagt an ihm, materiell verloren zu haben. Zu einem beschaulichen Lebensabend, auf das er Anrecht zu haben glaubt, reicht allein die Rente nicht“ (HAZ, 19.06.1974).

Buchstäblich am Ende der abschließenden Fragerunde und Diskussion meldete sich ein Zeitzeuge zu Wort: Er habe Hans Grans als Arbeitskollegen gekannt. Als Werkstudent, vor seinem Ingenieurstudium, habe er für ein Hannoveraner Bauunternehmen gemauert. Grans als dem deutlich ältesten Mitarbeiter sei die Aufgabe zugekommen, die Akkordlöhne für die Kolonne auszuhandeln. Er sei persönlich sehr zurückhaltend gewesen. Mit wem sie es zu tun hatten, ging ihnen erst Jahre später auf.

*Michael Pechel*



Nach der Veranstaltung im Gespräch: Rainer Hoffschildt (VEHN), Zeitzeuge Erhard Brückner, Dagmar Lieske.  
Foto Michael Pechel

*Michael Pechel*

---

Literatur: Dagmar Lieske, Die Verfolgung von „Gemeingefährlichen“ im Nationalsozialismus.

Der Fall Hans Grans, in: ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT, 64. Jahrgang 2016, Heft 9, S. 737–755. Berlin: Metropol

Dagmar Lieske, Unbequeme Opfer? „Berufsverbrecher“ als Häftlinge im KZ Sachsenhausen. Berlin: Metropol, 2016 (Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Band 16)

Rezensionen und Online-Artikel:

[www.hsozkult.de](http://www.hsozkult.de) [19.1.2017], Rezension von Michael Löffelsender

<http://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/buch-unbequeme-opfer-von-dagmar-lieske-ueber-kz-haeflinge-14560403.html>

<http://hinter-den-schlagzeilen.de/2016/09/13/die-nazis-nannten-sie-asoziale-und-berufsverbrecher/>

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/winkelzuege-der-ns>

<https://missy-magazine.de/blog/2017/03/01/der-falsche-winkel/>

---

## **Kurzbericht zur Mitgliederversammlung des Vereins Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover am 29. März 2017 im Stadtteilzentrum Lister Turm**

Fester Bestandteil der Mitgliederversammlungen ist seit einiger Zeit ein inhaltlicher Beitrag aus Reihen der Vereinsmitglieder zu ihrer Arbeit bzw. zu Projekten des Vereins geworden. So wurde diesmal die MV mit einer Darstellung der Tätigkeit des Stadtteilzentrums Lister Turm durch Birgit Ahrens eingeleitet.

Im Fokus der mit vielen Mitgliedern und etlichen Gästen sehr gut besuchten MV standen Wahlen des Vorstands und die Debatte um das weitere Vorgehen zum NS-Dokumentations- und Lernzentrum in Hannover.

Für den Vorstand sprechend ließ der Vereinsvorsitzender Dr. Horst Meyer die Zeit nach der Gründung des Vereins am 16. Febr. 2015 kurz Revue passieren, berichtete von den seitdem in Angriff genommenen und verwirklichten Projekten und widmete sich dem Wirtschaftsplan. Er konstatierte: „Aus der Gruppe, die am 16. Februar 2015 den Verein Netzwerk gegründet hat, ist tatsächlich ein veritabler und arbeitender Verein geworden, der zunehmend seinem Anspruch, als Organ der Initiativen und Arbeitskreise auf dem Gebiet der Erinnerungskultur in Hannover und der Region zu wirken, gerecht wird. Die Impulse, die wir uns mit der Vereinsgründung für die Erinnerungsarbeit versprochen haben, haben Wirkung gezeigt. Durch die Institutionalisierung als Verein mit klaren demokratischen Diskussionsebenen und verbindlichen Arbeitsstrukturen wurden die Voraussetzungen geschaffen, dem Begriff Netzwerk realiter gerecht zu werden. Wir haben einen institutionellen Etat, der ein Büro und die Beschäftigung eines Netzwerkreferenten ermöglicht. Wir haben in der Zeit wichtige Kommunikationsstrukturen, die ins Netzwerk und in die Öffentlichkeit wirken, geschaffen.“

Wirtschaftlich steht der Verein durch die Zuwendungen der Landeshauptstadt Hannover und der Region auf zwar gesichertem Boden. Alle Fixkosten seien gedeckt, doch seien die für das operative Handeln zur Verfügung stehenden Mittel sehr eng begrenzt. So appellierte er an die Versammlung, die Arbeit des Vereins mit Spenden zu fördern.

Die Kassenprüfung bescheinigte dem Vorstand korrektes arbeiten und empfahl dessen Entlastung. Die MV kam dem im einstimmigen Votum nach. Der Vorstand stellte sich



komplett der satzungsgemäßen Neuwahl, Gegenvorschläge gab es nicht. Die MV wählte ihn (Dr. Horst Meyer, Tom Seibert, Horst Dralle, Anne-Katrin Race) einstimmig bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder für weitere zwei Jahre. Die Arbeit der Revisoren wurde von der MV gelobt. Beide Revisoren erklärten sich zur Weiterarbeit in ihrer Funktion bereit und wurden einstimmig gewählt. Die MV konnte drei neue Mitglieder begrüßen und aufnehmen, so dass der Verein mittlerweile 49 Mitglieder umfasst. (Bei der Gründung waren es 16.)

Der Vorschlag des Vorstandes, die nächste Jahrestagung am 17./18. November 2017 unter dem (Arbeits)thema „Gegenwärtiger und historischer Rechtsextremismus in Europa und Deutschland“ in der Rotation/ver.di Höfe in Hannover durchzuführen, fand Zustimmung.

Der MV lag seitens des Vorstandes ein **Entschließungsantrag zur gegenwärtigen Debatte um ein NS-Dokumentations- und Lernzentrum** vor. Nach Debatte wurde die Entschließung mit Änderungen einstimmig verabschiedet. Sie ist nun Grundlage für die Öffentlichkeits- und Gremienarbeit von Vorstand und Mitgliedern im Eintreten um einen dem Thema sowie der inhaltlichen und gestalterischen Konzeption angemessenen Ort.

PS



## Entschließung der Mitgliederversammlung am 29. März 2017

Die Mitgliederversammlung des Vereins *Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V.* vom 29. März 2017 fordert dazu auf, sich verstärkt mit dem komplexen Thema der Bearbeitung der Zeit des Nationalsozialismus in einem Dokumentations- und Lernzentrum in Hannover zu befassen.

Ohne Zweifel verlangt eine Entscheidung über den Ort und die Konzeption solch einer Stätte des aktiven Erinnerns und Lernens eine breite bürgerschaftliche Debatte unter Einschluss der politischen Entscheidungs- und Arbeitsgremien der Landeshauptstadt Hannover. Diese wird seit Jahrzehnten überwiegend in interessierten Fachkreisen geführt. Sie tritt gegenwärtig auch in einen öffentlichen Diskurs und befindet sich in einer entscheidenden und auch kritischen Phase, weil es darum geht, über eine dem erarbeiteten Inhalt und Konzept gerecht werdende Örtlichkeit zu befinden.

Ein wissenschaftlichen Beirat, die Abteilung städtische Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover und der über 50 Initiativen, Arbeitskreise und Einzelpersonen

repräsentierende Verein Netzwerk haben seit einem Workshop im Jahr 2013 in intensiver Arbeit bis heute ein schlüssiges Konzept erstellt. Dessen Kern sagt aus:

Der Lernort für Erinnerung und Demokratie soll ein unverwechselbares Profil aus der Bündelung von historischer Darstellung, Lern- und Trainingseinheiten der Vermittlung erhalten, die jeweils einen eigenständigen Zugang zum Verhältnis von Gegenwart und lokaler Vergangenheit schaffen

Mit dem Lernort übernimmt die Landeshauptstadt Hannover gesellschaftliche Verantwortung: Das Wissen über die NS-Zeit in Hannover soll auf eine breite Grundlage gestellt, zeitgemäß vermittelt und damit die Aufarbeitung als Daueraufgabe von Stadt- und Zivilgesellschaft verankert werden.

Unter dem Leitthema: MITMACHEN ODER WIDERSTEHEN? BLEIBEN ODER GEHEN? soll der Wandel der hannoverschen Stadtgesellschaft im Anfang des 20. Jahrhundert zur Volksgemeinschaft im Nationalsozialismus nachgezeichnet werden.

Dieser Ansatz kann die Vielzahl der Einzelaspekte totalitärer Herrschaft nach 1933 bündeln und dabei die Facetten und Möglichkeiten menschlichen Handelns in Zeiten von Diktatur, Verfolgung und auch Widerstand darstellen. Mit diesem besonderen Anspruch einer Darstellung von Stadtgeschichte vor, in und nach den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft setzt sich Hannover im Vergleich mit anderen bundesweiten Einrichtungen inhaltlich ab und profiliert sich mit einer neuen gesellschafts- und kulturgeschichtlichen Betrachtungsweise.

Damit ein Lernort Wirkung entfalten kann, muss er über ein unverwechselbares Profil verfügen. Dieses Profil gewinnt er erst dann an Bedeutung, wenn es vielfältige, authentische historische Bezüge gibt. Er sollte das Spezifische der Situation in Hannover zwischen 1933 und 1945 mit der Gesamtgeschichte des Nationalsozialismus verbinden können.

Einen solchen Standort gibt es in der Landeshauptstadt nach Auffassung des Beirats und des Vereins Netzwerk: Im und um den Maschpark herum, beispielsweise am Nordufer des Maschsees neben dem Ehrenfriedhof der ermordeten Russischen Zwangsarbeiter oder in der Nähe des Neuen Rathauses mit einem sichtbaren Alleinstellungsmerkmal. Das Problem des Mitmachens und der bereitwilligen Unterstützung, die das NS-Regime durch breite Teile der deutschen Bevölkerung erfuhr, wird damit als Problem der deutschen Gesellschaftsgeschichte der 1930er und 1940er Jahre in den Fokus gerückt. Dass auch andere Orte diesem Anspruch gerecht werden könnten, wird damit nicht in Abrede gestellt.

Der herangereifte Beschluss über Standort und Gebäude zur Verwirklichung eines solchen Dokumentations- und Lernorts, wird von Teilen der Öffentlichkeit und an einem Scheitern des Projekts interessierten Kreisen aus Politik und Gedenkkultur prinzipiell in Frage gestellt. Dabei wird ein lang gehegter doch entkräfteter Vorwurf, man würde aus kleinlich regionalpolitischen Interessen eine Konkurrenz zur Gedenkstätte Ahlem bilden wollen, neu belebt. Solch eine Haltung diskreditiert einerseits die Arbeit der Gedenkstätte Ahlem, weil sie ihr mehr aufbürden will, als sie konzeptionell zu leisten imstande ist. Diskreditiert wird

auf der anderen Seite auch die gesellschaftliche Aufgabe, sich mit der ganzen Totalität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems auseinanderzusetzen.

Beide Orte des Erinnerns an NS Geschichte würden sich ergänzen, denn sie bilden jeweils andere Aspekte des Lernens aus der Gesellschaften zerstörenden und Völker vernichtenden Gewalt der nationalsozialistischen Ära ab. In einer Zeit anschwellender nationalistischer, völkischer fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Stimmungen und Taten sollten die Anstrengungen um das intensive Lernen aus der Geschichte gestärkt und nicht zersplittert werden.

Die Mitgliederversammlung wünscht eine breite öffentliche Debatte, die der gemeinsamen Aufgabe der nie endenden Aufarbeitung von Vergangenheit gerecht wird

---